

Haushaltsrede
Zur Einbringung des
Haushalts- und Investitionsplanes 2010 - 2013
am 2. Februar 2010

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder

Es gilt das gesprochene Wort!!!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie in den Vorjahren möchte ich auch meine Rede zur Einbringung des Haushalts- und Investitionsplanes 2010 – 2013 mit der Darstellung der Ausgangssituation für die Aufstellung beginnen. Und dabei läuft alles auf ein Stichwort hinaus: Wirtschafts- und Finanzkrise. Ich habe bei meiner gestrigen Rede in der Stadtparkasse anlässlich des Neujahrsempfanges schon darauf hingewiesen, dass kein einfaches Jahr hinter uns liegt, aber auch der Blick nach vorn kein besseres Jahr im Zusammenhang mit den Kommunal финанzen erwarten lässt.

Das vergangene Jahr wird nicht nur Volkswirten und Finanzmarktakteuren im Gedächtnis haften bleiben. Es war geprägt von der Fortsetzung einer beispiellosen Rezession. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland ist mit Abstand der tiefste Einbruch in der Geschichte der Bundesrepublik.

Um die Auswirkungen dieser bislang nicht gekannten Krise bezogen auf Rheine zu verdeutlichen, lassen Sie mich nur einen Betrag nennen: 6 Mio. € Mindererträge bei der Gewerbesteuer 2009 gegenüber der Haushaltsplanung. Bei geplanten Gesamterträgen aus Steuern und Abgaben von rund 63 Mio. € wird die Dimension dieses Ertragseinbruchs offenbar.

Unsere intensiven und teilweise schmerzlichen Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung in den vergangenen Jahren, insbesondere auch in den Beratungen der Strategie- und Finanzkommission, wirken angesichts dieses Betrages wie ein hilfloses Unterfangen.

Auch die vom Kämmerer verhängte und in 2010 weiter geltende Haushaltssperre kann allein diesen Betrag der Mindererträge bei der Gewerbesteuer bei weitem nicht auffangen.

Der angestrebte Haushaltsausgleich wird deshalb auch in den kommenden Jahren nicht gelingen können. Hierzu wird Herr Lütkemeier später noch ausführlicher Stellung nehmen.

Für die Verwaltung steht deshalb fest: So kann es nicht weitergehen. Wir müssen intensiv darüber nachdenken, welche freiwilligen kommunalen Aufgaben wir als Stadt noch wahrnehmen können. Bei den verpflichtenden Aufgaben müssen die Standards auf den Prüfstand. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang unseren Landesminister Karl-Josef Laumann bei seinem letzten Besuch hier im Rathaus zitieren: „Es gibt Bereiche, wo wir aussteigen müssen, wenn wir die öffentlichen Aufgaben mit dem zur Verfügung stehenden Finanzrahmen ins Gleichgewicht bringen wollen.“

Für uns sollte es weiterhin selbstverständlich sein, dass wir bei der Beratung des Haushaltsplanes 2010 neue Projekte und Aufgaben nur aufnehmen, wenn sie unbedingt und alternativlos notwendig sind.

Ich kann mich auch voll den Forderungen des Hauptgeschäftsführers des Städte- und Gemeindebundes NRW, Dr. Bernd Jürgen Schneider, anschließen. Seinen Vortrag bei der Arbeitsgemeinschaft Münsterland vom 25. Januar d. J. habe ich Ihnen in der letzten Woche zukommen lassen. Hier noch einmal die 5 Mindestpunkte des von ihm geforderten Notprogramms zur Sanierung der Kommunalfinanzen:

- dauerhafte Mitfinanzierung der Soziallasten durch den Bund
- Konsolidierungshilfen des Landes NRW
- Verankerung eines Anspruchs der Kommunen auf finanzielle Mindestausstattung in der NRW-Landesverfassung
- Konnexitätsgrundsatz umgehungssicher ausgestalten
- Umfassender Abbau von Pflichtaufgaben und Standards

Lassen Sie es mich noch einmal betonen: Die aktuelle Finanzkrise der Kommunen ist nicht „hausgemacht“: Wir haben ein strukturelles Problem, die Städte und Gemeinden sind seit Jahrzehnten unterfinanziert. Und sie sind aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage, diese strukturelle Finanzkrise zu überwinden. Hier sind Bund und Land gefordert!

Aber „Leben kann man nur vorwärts“ – so der Ausspruch eines dänischen Philosophen, und deshalb müssen wir alle hier uns als Stadtgemeinschaft den Herausforderungen stellen und auch weiterhin die Stadt zukunftsfähig gestalten!

Deshalb möchte ich im Rahmen meiner Haushaltsrede nicht nur auf negative Entwicklungen hinweisen. Es gibt natürlich auch Hoffnungsschimmer für 2010.

Nennen möchte ich hier zunächst die weiterhin im Landesvergleich geringe Arbeitslosenquote, die geringste in NRW. Die erweiterten Möglichkeiten im Bereich der Kurzarbeit haben uns auch in Rheine bislang vor einer höheren Arbeitslosigkeit bewahrt. Auch sind die Prognosen für dieses Jahr nicht mehr so düster wie noch vor wenigen Monaten. Gerade habe ich die aktuellen Ergebnisse der IHK-Konjunkturumfrage bekommen. Aussage ist: „Die Wirtschaft in NRW zweifelt nicht am konjunkturellen Aufschwung, erwartet aber auch nicht, dass es schnell und kräftig wieder bergauf geht. Im Urteil der Unternehmen gibt es derzeit eine Seitwärtsbewegung, dem Konjunkturmotor fehlt es am Drehmoment.“

An dieser Stelle möchte ich mich ganz besonders bei den Unternehmen vor Ort bedanken. Diese haben durch ihre Geschäftspolitik dazu beigetragen, dass das Thema „Arbeitslosigkeit“ für die meisten Familien in Rheine nicht im Mittelpunkt stehen muss. Und ich möchte meinen Dank zum Ausdruck bringen über private und öffentliche Investitionen in unserer Stadt, die ein klares Bekenntnis zum Standort Rheine sind:

Beispielhaft nenne ich die über 4 Mio. Euro teure Zukunftsinvestition der Firma apetito und den Ausbau des Heeresflug-

platzes mit Sanierung der Kasernenbauten in Bentlage mit rund 130 Mio. Euro bis zum Jahr 2017.

Ich möchte den Unternehmen in Rheine erneut zusichern, sie und auch potentielle Investoren im Rahmen der gegebenen und vorhandenen Möglichkeiten weiterhin zu fördern und zu unterstützen.

Die Bundesregierung hat in der letzten Woche ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr auf 1,4 % angehoben. Auch dieser Wert macht Hoffnung, dass es wieder aufwärts gehen kann.

Mit der Umsetzung des Konjunkturpaketes II in Rheine haben wir als Stadt im letzten Jahr einen eigenen Beitrag zur Belebung der Wirtschaft setzen können und können dies auch in 2010/2011 tun. Der Kämmerer wird Ihnen gleich noch Informationen zum aktuellen Sachstand geben.

Schließlich sind wir auch in Sachen Klimaschutzkommune im vergangenen Jahr weitere und wichtige Schritte vorangekommen. Dies wollen wir 2010 mit mindestens gleich hohem Engagement fortsetzen. Ich möchte an dieser Stelle beispielhaft auch auf die Beratungen zum Thema „Windkraftanlagen“ in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses in der letzten Woche verweisen.

Nochmals: Mag die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland und die konkrete Haushaltslage hier vor Ort auch düster sein, dürfen wir aber eins nicht vergessen: Die Aufgabe, unsere Stadt zukunftsweisend zu gestalten und nicht nur zu verwalten, bleibt. Wir müssen den kommenden Generationen trotz aller aktuellen Probleme eine attraktive und lebenswerte Stadt hinterlassen, in der die Menschen sich wohlfühlen. Ich möchte Sie alle hier, aber auch unsere Bürgerinnen und Bürger deshalb bitten, hieran weiterhin mitzuarbeiten.

Dabei muss für die kommenden Jahre unser **„Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept Rheine 2020“** weiterhin die fachliche Grundlage sein. Auch für dessen Weiterentwicklung sind wir auf das Engagement unserer Bürgerschaft angewiesen. Bauen wir gemeinsam Rheine als Bürgerkommune aus!

In der Umsetzung unseres Leitbildes Rheine 2020 haben wir die Leitprojekte 1 „Wissenschafts- und Hochschulstandort Rheine“, 5 „Mehrgenerationenwohnen“ und 25 „Dolmetscher der Kulturen“ inzwischen umgesetzt. Andere Leitprojekte sind in der laufenden Umsetzung, wie etwa „Klimaschutz“ (28), „Kinder in Bewegung“ (9) und „Vitale Innenstadt“ (Leitprojekt 10).

Den Schwerpunkt der Aktivitäten zur Umsetzung des IEHK wird in 2010 der weitere Ausbau der Ganztagsbetreuung an unseren Schulen darstellen. Damit haben wir in den Vorjahren begonnen und nur so können wir den Bildungsstandort Rheine festigen und ausbauen. Nur so können wir Rheine für Familien auf Dauer interessant und lebenswert halten.

Lassen Sie mich nun noch konkreter werden und den Blick auf die Teilpläne unserer Fachbereiche richten.

Sonderbereich 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung

Zum Sonderbereich 0 gehören die Produktgruppen Politische Gremien, Verwaltungsführung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Rechnungsprüfung, Personalrat und Gleichstellungsstelle. Die Budgetentwicklung in diesem Sonderbereich ist traditionell unspektakulär und verläuft ohne Besonderheiten. Aufgrund der aktuellen Innenstadtentwicklung mit den einhergehenden Problemen des Einzelhandels möchte ich zwei Aspekte aus dem Bereich Stadtmarketing ansprechen, die uns in nächster Zukunft intensiv begleiten werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich im September des vergangenen Jahres für ein zunächst auf zwei Jahre befristetes Pilotprojekt zum Aufbau eines Monitorings sowie für die Entwicklung einer integrierten Standort- und Stadtmarketingstrategie entschieden. Die finanziellen Auswirkungen dafür sind im

Haushaltsentwurf enthalten. Dem politischen Willen entsprechend ist diese Aufgabe der EWG zugeordnet worden.

Inzwischen liegen erste Ergebnisse aus den von der EWG vorgenommenen Umfragen vor. Zudem forcierte der Arbeitskreis Stadtmarketing unter Leitung von Herrn Weber, dem Stadtpressesprecher, die auf dem Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept basierende Markenbildung für Rheine. Wir wissen, dass Rheine mit einer vitale Innenstadt, einem regionalbedeutsamen Kulturangebot, einer leistungsstarke Wirtschaft mit dem Schwerpunkt „Umwelttechnologie“ und seiner Lage an der Ems punkten kann. Hier, meine Damen und Herren, sollten wir bereit sein zu investieren und Marketingschwerpunkte für unsere künftige Stadtentwicklung zu setzen. Konkret werde ich darüber am 8. Februar 2010 in der Strategie- und Finanzkommission berichten.

Überaus erfreulich ist, dass uns das Land Nordrhein-Westfalen in dem Bemühen um eine attraktive, vitale Innenstadt in diesem Jahr erneut fördern wird. Bereits zum 6. Mal konnten wir uns im Wettbewerb der Städte durchsetzen und eine Förderung im Rahmen der „Ab-in-die-Mitte-Projekte“ erhalten. „Komm doch mal rüber!“, so überschrieben wir das vom 3. bis 12. September 2010 geplante Projekt, mit dem wir die Innenstadtentwicklung stützen und vor allem junge Menschen in der sogenannten „Zwischen- oder Übergangsgeneration“ für die City gewinnen wollen.

Zum **Fachbereich 1 – Bildung, Kultur und Sport**

Zunächst Informationen zum Thema **Bildung**:

Das Kopernikus-Gymnasium nimmt zum 01.08.2010 beginnend mit den 5. Klassen den Ganztagsbetrieb auf. Für den Ganztagsbetrieb werden aus Mitteln des Konjunkturpakets II in den Jahren 2010 und 2011 die räumlichen Voraussetzungen geschaffen. U. a. werden eine Mensa und ein Forum gebaut.

Die Euregio Gesamtschule erhält eine 3-fach-Sporthalle mit den neuesten Sportgeräten und einer energetisch modernen Tech-

nik. Für den Neubau sind rund drei Millionen Euro eingeplant. Neben dem Schulsport kann die Halle auch dem Vereinssport zur Verfügung gestellt werden.

Die Fürstenberg-Realschule wurde zum laufenden Schuljahr in eine Ganztagschule umgewandelt. Der Schulausschuss hat im Frühjahr 2009 das Raumprogramm beschlossen. Für den Ganztagsbetrieb müssen u. a. eine Mensa und ein Forum gebaut werden. Schulausschuss und Bauausschuss haben Ende November und im Januar erneut über die Standortvarianten für den Erweiterungsbau beraten. Die erforderlichen Haushaltsmittel für die kostengünstigere Variante 2 sind im Haushaltsplanentwurf enthalten.

Die Don-Bosco-Hauptschule ist seit dem 01.08.2008 Ganztagschule. Der Schulausschuss hat Ende 2008 das Raumprogramm beschlossen. Es soll u. a. eine Mensa gebaut werden. Bauausschuss und Schulausschuss haben am 22.04.2009 über Standortvarianten entschieden. Es ist politischer Wille, dass nun noch in 2010 mit zusätzlichen externen Kapazitäten mit dem Umbau der Schule begonnen werden soll.

Die Medienentwicklungsplanung für die Schulen der Stadt Rheine wird ab 2010 umgesetzt. Die Schulen benötigen neue Hard- und Software sowie personelle Unterstützung für die Systembetreuung.

In den offenen Ganztagsgrundschulen ist der Bedarf nach Ganztagsplätzen weiter gestiegen, obwohl die Zahl der Grundschüler abnimmt. Es können allerdings nun bereits 680 statt 635 Ganztagsplätze angeboten werden.

Zum Bereich **Kultur**:

Die Mathiashochschule Rheine plant aktuell den Aufbau ihrer Hochschulbibliothek in enger Kooperation mit unserer Stadtbibliothek. Außerdem sollen die Bestandskataloge der Schulbibliotheken und kirchlichen Büchereien gemeinsam mit dem Katalog der Stadtbibliothek erschlossen werden.

Zum achthundertjährigen Jubiläum des Kreuzherrenordens zeigt das Museum Kloster Bentlage eine Ausstellung, in der das reiche kulturelle Erbe der Kreuzherren einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wird. Gezeigt werden Kunstwerke, Gemälde, Goldschmiedearbeiten und Skulpturen. Im authentischen Ambiente des mittelalterlichen Kreuzherrenklosters werden die Exponate zum ersten Mal zusammenfassend präsentiert. Ein Begleitprogramm wird die Ausstellung abrunden.

Die Ignatz-Bubis-Aula im Josef-Winckler-Zentrum wird in diesem Jahr vollständig renoviert. Damit ist das Weiterbildungszentrum an der Neuenkirchener Straße sodann komplett, und es können dort künftig vermehrt Räumlichkeiten für Veranstaltungen genutzt werden.

Zum Bereich **Sport**:

Das städtische Jahnstadion besteht mittlerweile seit gut dreißig Jahren. Die für Rheine bedeutende Sporteinrichtung bedurfte dringend einer Modernisierung, mit der 2009 begonnen wurde. Insgesamt sind Mittel in Höhe von 840.000 € für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 bereitgestellt worden, um den Status des Jahnstadions als regional bedeutendes Leichtathletikstadion zu festigen. Spätestens im September soll den Sportlerinnen und Sportlern sowie allen Rheiner Schulen wieder ein modernes und funktionstüchtiges Stadion zur Verfügung stehen.

Fachbereich 2 – Jugend, Familie und Soziales

Im Haushalt des Fachbereiches Jugend, Familie und Soziales sind folgende Schwerpunkte erwähnenswert:

Im Rahmen der **Erziehungshilfen** zeigt die Entwicklung der Fallzahlen – wie bereits in den Jahren zuvor – nach oben. Ein Vergleich der Fallzahlen von 2008 mit denen von 2009 zeigt eine Steigerung von 17 % und belegt den weiterhin vorhandenen hohen Unterstützungsbedarf von Familien, insbesondere um jegliche Kindeswohlgefährdung zu vermeiden.

Erfreulicherweise konnte eine Steigerung der kostenintensiven Heimerziehungen u. a. durch das Projekt „Vollzeitpflege“ vermieden werden; in diesem Bereich erhöhen sich dementsprechend natürlich die Fallzahlen.

Zudem hat es im Bereich der ambulanten Hilfen, zu denen beispielsweise auch die Sozialpädagogische Familienhilfe oder die Eingliederungshilfe zählen, teilweise deutliche Steigerungen gegeben.

Hinzu kommen landesweite Erhöhungen in den Entgeltvereinbarungen mit den Erziehungshilfeanbietern von bis zu 8 %.

Zusammenfassend muss festhalten werden, dass das Budget der Erziehungshilfen um insgesamt 390 T€ aufgestockt werden muss.

Im Bereich der **Tageseinrichtungen für Kinder** sind aufgrund gesetzlicher Vorgaben die Betreuungsmöglichkeiten für die unter dreijährigen Kinder auszubauen.

Bis 2013 ist eine Versorgungsquote für die Betreuung von unter dreijährigen Kindern von 35% zu erreichen. Die Umsetzung dieser Vorgabe erfordert insbesondere im Finanzplan weitere Mittel. So wird der Zuschussbedarf ausgehend von 6,8 Mio. € in diesem Jahr bis auf 7,7 Mio. € im Jahr 2013 steigen. Es war ein Beschluss der damaligen großen Koalition, dass sich der Bund bis 2013 mit insgesamt 4 Milliarden an den Ausbau- und Betriebskosten beteiligt. Die für NRW vom Bund zur Verfügung gestellten Betriebskosten in Höhe von 21,9 Mio. € werden im Sinne des Konnexitätsprinzips aber nicht an die Kommunen weitergegeben, sondern verbleiben im Landeshaushalt. Dies ist ein prägnantes Beispiel für die vorhin zitierte Ausführung des NRW StGB zum Konnexitätsgrundsatz.

Ebenfalls erhebliche Mehraufwendungen sind im Bereich des **SGB II** zu erwarten.

Seit 2007 ist die Stadt Rheine direkt an der Finanzierung der kommunalen Kosten des SGB II beteiligt. Mit der Einführung des Stufenmodells in 2008 wurde für die Jahre 2009 und 2010

eine direkte Kostenbeteiligung von 40 % vereinbart; ab 2011 sind dann 50 % der Kosten zu übernehmen.

Aufgrund erheblicher Fallzahlsteigerung müssen die Ansätze für die SGB-II-Leistungen erhöht werden. Analog den Kalkulationen des Kreises Steinfurt für 2010 errechnet sich hier ein Mehraufwand von 515 T€.

Bei den **Hilfen für Asylbewerber** gibt es in diesem Jahr eine finanzielle Entlastung:

Die Anzahl der Leistungsempfänger ist zwar konstant, obwohl es nach vielen Jahren wieder deutlich mehr Neuzuweisungen gegeben hat. Aber es hat sich die Struktur der Leistungsempfänger verändert: Langjährige Asylbewerber wechselten aufgrund der Bleiberechtsregelung in den SGB II-Bezug. "Neue" Asylbewerber haben dagegen in den ersten 48 Monaten lediglich Ansprüche auf Grundleistungen nach § 3 AsylbLG, was zu Minderaufwendungen bei den Transferleistungen führt. Zusammengefasst macht sich dieses im entsprechenden Budget durch eine finanzielle Entlastung deutlich. Ich verweise aber gleichzeitig auf den erwähnten Mehraufwand im SGB-II-Bereich.

Zum **Fachbereich 3 – Recht und Ordnung**

Bei der **Feuerwehr** wurde im Bereich der Investitionen auch 2009 das Wechselladersystem weiter ausgebaut. Beim Wechselladersystem handelt es sich um einen LKW, der je nach Einsatzzweck mit unterschiedlichen Spezialcontainern beladen werden kann.

Beim Produkt **Personenstandswesen** wurden aufgrund einer umfassenden Änderung der Gesetzesgrundlagen erste Anschaffungen für die Umstellung auf eine digitale Registerführung getätigt.

Die Ansätze des Haushaltsjahres 2010 und die der Finanzplanung 2011 bis 2013 sind im Wesentlichen auf der Grundlage des Haushaltsplanes 2009 gebildet worden

Die Werbeaktionen für die freiwillige Feuerwehr haben auch 2009 den Mitgliederbestand erhöht. Aus diesem Grund mussten allerdings die Ansätze 2010 für Ausbildung und Ausrüstung der Feuerwehr geringfügig angepasst werden.

Vor der Aufstellung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2010 wurde die technische Ausrüstung der Feuerwehr kritisch überprüft. Als positives Ergebnis ist festzustellen, dass der heutige Fahrzeugbestand es zulässt, alle geplanten Neuanschaffungen um jeweils ein Jahr zu verschieben. Der Entwurf des Haushaltsplanes 2010 wurde entsprechend geändert.

Fachbereich 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement

Im Fachbereich 4 finden Sie erstmals auch die bisherigen Produkte aus dem Fachbereich 8, der nach dem Ausscheiden des Fachbereichsleiters, Herrn Hötker, in den Fachbereich Finanzen integriert worden ist.

Die Vermarktung der **städtischen Wohnbaugrundstücke** verlief in den vergangenen Jahren sehr positiv.

Insbesondere in den Baugebieten Wohnpark Dutum, Herefortstraße in Altenrheine und Hilgenfeld-West in Hauenhorst konnten teilweise deutlich mehr Grundstücke veräußert werden, als dieses bei der Planung zu erwarten war. In den künftigen Jahren wird in diesen Gebieten dann allerdings die Vermarktungszahl zurückgehen bzw. weitere Vermarktungen werden durch den getätigten gesamten Abverkauf nicht mehr möglich sein.

In den Baugebieten Hilgenfeld-Ost und Robberskamp in Hauenhorst sowie den Baugebieten in Rodde und Schmidts Kämpken in Elte konnte diese Entwicklung nicht festgestellt werden. Trotz gesenkter Grundstückspreise in Rodde, Mesum und Hauenhorst bleibt die Nachfrage hier eher verhalten. Hier gilt es die Vermarktung weiter voranzutreiben.

Auffällig ist die wachsende Nachfrage nach innenstadtnahen Grundstücken, die durch die rasch voranschreitende Vermarktung des Wohnparks Dutum kaum noch durch städtische Grundstücksangebote sichergestellt wird.

Insgesamt ist festzustellen, dass stadtweit unter Abzug vorliegender Reservierungen derzeit noch etwa 100 städtische Baugrundstücke zur Verfügung stehen.

Von den vier zu veräußernden **stadtbildprägenden Objekten** wurden inzwischen das Strätersche Haus, die ehemalige Volkshochschule und die Jugendherberge verkauft. Verhandlungen für die Vermarktung des Kannegießerhauses, das ehemalige Stadtarchiv, laufen derzeit. Daneben wurde Ende 2009 die Diesterwegschule veräußert.

Alle Kommunen in NRW müssen zum 31.12.2010 einen **Gesamtkonzernabschluss** erstellen. Das hatte zur Folge, dass die Kernverwaltung und alle voll zu konsolidierenden Beteiligungen bereits ab dem 01.01.2010 erste Teile ihrer Buchhaltung auf die neuen Anforderungen umstellen mussten. Im Laufe des Jahres sind weitere Vorbereitungen und Anpassungen bei uns und bei allen Beteiligungen erforderlich.

Die Finanzbeziehungen zu den **städtischen Beteiligungen** stellen vom Umfang her einen bedeutsamen Anteil in der Produktgruppe Finanzen dar.

Angesichts der aktuell schwierigen finanziellen Lage der Stadt Rheine hat der Stadtkämmerer mit dem Geschäftsführer der Stadtwerke und zusammen mit der Bürgermeisterin dem Vorstand der Stadtparkasse Gespräche geführt. Es zeichnet sich nunmehr eine deutliche finanzielle Unterstützung des städtischen Haushalts für die Jahre 2010 und 2011 durch die Stadtwerke Rheine und die Sparkasse ab.

Demgegenüber hat sich der Zuschussbedarf anderer städtischer Beteiligungen erhöht, wie z. B. bei der EWG.

Fachbereich 5 – Planen und Bauen

Lassen Sie mich mit den **öffentliche Verkehrsflächen** beginnen.

Im Jahr 2010 ist der Umbau der B 65 Salzbergener Straße zwischen der B 70 und der Eisenbahnstrecke Rheine—Spelle vorgesehen. Das Projekt hat ein Finanzvolumen von ca. 1,2 Mio. € und wird größtenteils durch den Bund finanziert. Die Stadt ist mit einem Anteil für die Beleuchtung und für die Gehwege an diesem Projekt beteiligt.

Daneben ist der Umbau des Kardinal-Galen-Ringes zwischen der Ludgerusbrücke und der Hemelter Straße geplant. Auch hier finanziert der Bund größtenteils das Projekt und die Stadt finanziert einen Anteil für die Gehwege und die Beleuchtung.

In neuen Siedlungsgebieten sollen folgende Straßen ausgebaut werden:

- Schwedenstraße (von Gronauer Straße bis Wettringer Straße)
- Offlumer Straße
- Spiekstraße einschließlich Stichweg
- An den Kleingärten, 2. Bauabschnitt

Die Erstellung von Baustraßen ist in Zusammenarbeit mit der TBR AÖR in folgenden Neubaugebieten vorgesehen:

- Stichstraße Salzweg
- Franz-Weller-Straße

An **Radwege**baumaßnahmen sind 2010 geplant:

- Radweg an der Neuenkirchener Straße zwischen der Ber-
bomstiege und der Sassestraße
- Radweg Rheine—Coesfeld zwischen der K 77 und dem
Staelskottenweg
- Radweg entlang der K 68 Paschenaustraße von der
Ortsdurchfahrt-Grenze bis zur L 593

Für das interkommunale Gewerbegebiet Holsterfeld wurde im Rahmen der Kostenbeteiligung die 1. Rate eingestellt, damit durch die Gemeinde Salzbergen der Knotenpunkt zur B 70 hergestellt werden kann.

Im GVZ ist nach der Kanalisierung die Erstellung der Baustraße für die Justus-Liebig-Straße und die Meithnerstraße vorgesehen.

Im Bereich **Hochbau** möchte ich darauf hinweisen, dass der Neubau der Feuerwehr in Mesum und der Bau der Sporthalle an der Euregio Gesamtschule im Jahr 2010 fertiggestellt werden sollen. Für die Projekte Don-Bosco-Schule und Fürstenberg-Realschule sind noch Abstimmungen notwendig.

Das Programm der **Bauunterhaltung** wurde in einer gemeinsamen Sitzung des Bau- und Schulausschusses beraten und beschlossen. Auf diese Vorlage wird verwiesen. Folgende Projekte sollen jedoch explizit noch erwähnt werden:

- Sanierung der Toilettenanlagen an der Johanneschule Mesum und an der Ludgerusschule Elte
- 1. Abschnitt der Fenstersanierung Elisabethschule

Ein Schwerpunkt der Aktivitäten im Fachbereich 5 stellt aktuell die Umsetzung der Projekte im Rahmen des **Konjunkturpaketes II** dar. Ich weise hierzu nochmals auf die gleich folgenden Ausführungen des Stadtkämmerers zum Sachstand hin.

Die **Bahnflächen** stellen auch in der nächsten Zeit das größte Projekt dar. In den kommenden 2 Jahren ist insbesondere die Erschließung der Flächen in Rheine R und an der Lindenstraße vorgesehen. Daneben wird mit dem Bau der Fußgängerunterführung am Bahnhof begonnen.

Die **Kaserne Gellendorf** wird ebenfalls als Sonderprojekt im Haushalt geführt. Neben der Kanalsanierung ist im laufenden Haushaltsjahr mit dem Ausbau der von-Stauffenberg-Straße zu rechnen.

Fachbereich 7 – Interner Service

Der Fachbereich „Interner Service“ sorgt mit den 2 Produktbereichen Personal und Organisation für die personelle und sächliche Ausstattung und stellt damit die Rahmenbedingungen für eine ordnungsgemäße und möglichst wirtschaftliche Aufgabenerledigung und Leistungserstellung in der Stadtverwaltung sicher.

Ein permanenter Schwerpunkt der Aufgaben des Fachbereiches „Interner Service“ ist die Personalentwicklung im weitesten Sinne. Damit sind nicht nur Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung gemeint. Neben den klassischen Instrumenten der Personalentwicklung rücken angesichts des demographischen Wandels immer stärker Probleme bei der Personalgewinnung und Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Beschäftigten in den Vordergrund.

Die Stadt Rheine hat im Jahre 2008 eine Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung erstellt, die in den nächsten Jahren sukzessiv umgesetzt werden wird. Neben der Einsparung von Stellen wird die Stadt Rheine wieder verstärkt Nachwuchs rekrutieren müssen. Dabei kann sie den zu erwartenden Konkurrenzkampf um qualifiziertes Personal mit der sog. freien Wirtschaft und den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes nur erfolgreich gestalten, wenn sie sich insbesondere für junge Menschen als attraktiver Arbeitgeber präsentiert. Hieran müssen Rat und Verwaltung in den nächsten Jahren gezielt arbeiten. Verschiedene Maßnahmen werden zurzeit seitens der Verwaltung geprüft und sollen dem Rat zeitnah vorgestellt werden.

Eine wesentliche Komponente in diesem Kontext habe ich bereits im Jahre 2008 auf den Weg gebracht; die Erarbeitung eines Leitbildes für unsere Stadtverwaltung. Unter dem Hauptmotto „Wir – engagiert für Rheine“ fand am 26. Juni 2009 in der Eissporthalle ein Mitarbeiter-Dialogforum statt. Unter der Moderation des externen Beraters Peter Helbig haben über 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Gelegenheit genutzt, ihre Sichtweise zu unserem neuen Leitbild einzubringen. Der Ent-

wicklungs- und Umsetzungsprozess unseres Unternehmensleitbildes ist natürlich noch nicht abgeschlossen. In den nächsten Wochen sollen die weiteren Schritte zur möglichst nachhaltigen Implementierung des Unternehmensleitbildes festgelegt werden.

Gern möchte ich den Rat der Stadt Rheine in geeigneter Weise weiterhin in den weiteren Prozess unseres Leitbildes einbinden und werde diesbezüglich in Kürze auf Sie zukommen.

Ein weiteres wesentliches Element einer zukunftsorientierten Personalentwicklung ist ein angemessenes betriebliches Gesundheitsmanagement. Es würde den Rahmen dieser Haushaltsrede sprengen, auf dieses sehr komplexe Thema im Einzelnen einzugehen. Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass die Stadt Rheine aufgrund der bereits installierten Elemente und der geplanten Aktivitäten gut aufgestellt ist.

Wir werden unsere Bemühungen im Gesundheitsmanagement konsequent fortsetzen. Die hierzu notwendigen Haushaltsmittel sind in dem entsprechenden Budget des Fachbereiches „Interner Service“ im Haushaltsplanentwurf vorgesehen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

bevor ich zur Entwicklung eines der größten Aufwandsblöcke unseres Haushaltes, den Personalaufwendungen komme, möchte ich es nicht versäumen, allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz und die geleistete Arbeit im Zusammenhang mit dem sog. „Superwahljahr“ 2009 zu danken. 3 bereits durchgeführte Wahlen im Juni, August und September 2009 sowie die Vorbereitungen zur Wahl des Integrationsrates am 7. Februar 2010 waren eine besondere Herausforderung, die meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter routiniert und professionell bewältigt haben. Das gilt insbesondere für die sehr zeit- und technikaufwändige Auswertung und Präsentation der Wahlergebnisse anlässlich der Kommunalwahl am 30. August 2009 im Live-Betrieb sowie die umfangreichen und komplizierten Verfahren zur Konstituierung des Stadtrates und seiner Gremien. Ich denke, dieses Dankeschön ist auch in Ihrem Sinne.

Nun zu den **Personalaufwendungen**:

Die Personalaufwendungen stellen im Entwurf des Haushaltsplanes 2010 mit 26,31 Mio. € den drittgrößten Aufwendungsblock dar. Das sind rd. 370 T€ höhere Personalaufwendungen als für 2009 veranschlagt. Die Steigerungsrate liegt damit bei 1,4 %; im Wesentlichen bedingt durch bereits beschlossene Besoldungserhöhungen für die Beamtinnen und Beamten in Höhe von 1,2 % zum 01.03.2010, durch die ansteigenden Aufwendungen für die Versorgungslasten sowie für notwendige Stellenwiederbesetzungen, die nicht durch interne Umsetzungen abgedeckt werden konnten. Noch nicht eingerechnet sind mögliche Tariferhöhungen bei den Vergütungen der tariflich Beschäftigten.

Daher werden auch in diesem Jahr erneut erhebliche Anstrengungen notwendig sein, um den Haushaltsansatz nicht zu überschreiten, sei es durch Verzicht auf Wiederbesetzungen oder aber durch verspätete Wiederbesetzungen frei gewordener Planstellen. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, wird auch entscheidend von den laufenden Tarifverhandlungen und der Höhe des Tarifabschlusses abhängig sein.

Meine Damen und Herren,
soweit die Gegebenheiten für den heute eingebrachten Haushaltsplanentwurf.

Ich möchte an dieser Stelle nicht versäumen, allen, die an der Zusammenstellung der notwendigen Daten mitgewirkt haben, meinen ausdrücklichen Dank auszusprechen. Dies gilt insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fach- und Sonderbereichen.

Im Hinblick auf den Eckdatenbeschluss des HFA vom 01.12.2009 für die Ergebnis- und Investitionsplanung 2010 bis 2013 kann zusammenfassend festgestellt werden:

1. Für die Realsteuern gelten unverändert folgende Hebesätze:

Grundsteuer A	=	192 v. H.
Grundsteuer B	=	401 v. H.
Gewerbsteuer	=	403 v. H.
2. Die Gesamtpersonalaufwendungen für 2010 bleiben mit Ausnahme der in der Sachdarstellung für den Medienentwicklungsplan genannten Mehraufwendungen jedenfalls mit heutigem Tag im Rahmen des festgesetzten Betrages.
3. Die Obergrenzen der Budgets der Fach- und Sonderbereiche wurden mit Ausnahme der in der Sachdarstellung erläuterten Änderungen eingehalten.
4. Die inzwischen erfolgte Veranschlagung der Erweiterung an der Fürstenbergrealschule hat dazu geführt, dass die festgelegten Obergrenzen für die Netto-Neuverschuldung in den Jahren 2011 und 2012 deutlich überschritten werden. Für 2010 und 2013 ist weiterhin keine Netto-Neuverschuldung vorgesehen.

Der Ergebnisplan weist für 2010 ein negatives Jahresergebnis von 15,165 Mio. € aus. Das ist gegenüber dem eben genannten Eckdatenbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses eine „scheinbare Verbesserung“ von 4,848 Mio. €, die aber im Wesentlichen den schon erwähnten Engagements von SWR und Sparkasse zu verdanken ist, ohne die ein Haushaltssicherungskonzept aber mit Sicherheit nicht zu vermeiden wäre. Es ist gleichwohl ein sehr hohes negatives Jahresergebnis.

Auch in 2010 und den Folgejahren kann der Haushaltsausgleich nicht sichergestellt werden und die allgemeine Rücklage ist entsprechend zu vermindern. **Diese Verringerung der allgemeinen Rücklage bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.**

Ich schließe diese Einbringung des Haushalts- und Investitionsplanes 2010 bis 2013 mit einer verkürzten Wiederholung meines Appells an Bund und Land aus dem letzten Jahr:

Ich appelliere an die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Das Konnexitätsprinzip darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss von allen Beteiligten auch seinem Geist nach gelebt werden.

Ich wiederhole die Forderung nach einer Gemeindefinanzreform, die nicht nur für eine dauerhafte und tragfähige Balance zwischen Erträgen und Aufwendungen sorgt, sondern im Interesse zukünftiger Generationen einen Abbau von finanziellen Altlasten gestattet. Vor dem Hintergrund der schwierigen kommunalen Finanzsituationen ist ein verlässlicher kommunaler Finanzausgleich dringend erforderlich.

Die kommunale Selbstverwaltung ist ansonsten mangels finanzieller Bewegungsspielräume nicht nur für unsere Kommune auf lange Sicht nur noch eine Wunschvorstellung.

Auf der anderen Seite besteht für die Kommunen, d. h. auch für unsere Stadt, gesetzlich die Pflicht zum Haushaltsausgleich, auch unter den aktuell verschärften Bedingungen. Wären wir ein Unternehmen der Privatwirtschaft, können bzw. müssten wir die Insolvenz anmelden oder wir machten uns alle der Insolvenzverschleppung schuldig.

In dieser Krisensituation habe ich am 25. Januar die Fraktionsvorsitzenden und die Stellvertreter zu einem Krisengespräch einberufen, um sie alle auf ein gemeinsames Ziel einzuschwören, das ich an dieser Stelle wiederholen möchte: Die generationengerechte Haushaltsführung.

Der Bundespräsident Horst Köhler sprach unlängst von einer Politik, die über den Tag hinaus denkt, Dr. Schneider vom Städte- und Gemeindebund forderte in diesem Zusammenhang eine „Kultur des Maßhaltens“. Die Frage ist, was wir selbst tun können.

In diesem Zusammenhang fordere ich Sie auf,

1. besinnen wir uns auf unsere Stärken, d. h. sehen Sie das große Ganze (Rheine 2020),
2. bündeln wir unsere Energien und verlieren wir uns nicht im Kleinen (im Sinne von: „Wie wird ein Kreisel ausgestattet ...?“),
3. initiieren wir im Sinne der „Kultur des Maßhaltens“ keine neuen Projekte (Rheine 2020 ist schon mit über 300 Einzelprojekten hinterlegt); die Zeiten des „Nice to have“ ist vorbei, auch wenn ich viel Verständnis habe für das Engagement des Heimatvereins für ein eigenes Heimatmuseum oder den Ruf nach einem weiteren Engagement der Volkshochschule in Mesum in der Alten Josephschule.
4. Treten wir ein in eine neue Kommunikation zwischen Stadt und Kreis und versuchen wir im Sinne einer Win-Win-Situation gemeinsam Leistungen vorzuhalten, und zwar nach wie vor qualitativ hochwertig.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Fraktionsvorsitzenden und den Stellvertretern für die konstruktive Diskussion und die zukunftsweisenden Beiträge in dem erwähnten Krisengespräch bedanken, insbesondere für die zugesagte Einigkeit in der gemeinsamen Zielsetzung der „generationsgerechten Haushaltsführung“.

Meine letzte Anmerkung gilt in diesem Zusammenhang dem Bereich der investiven Ausgaben. Investive Ausgaben haben zwar in voller Höhe zunächst keine unmittelbaren Auswirkungen auf den gegenwärtigen Haushaltsausgleich nach NKF, belasten aber in Form von Abschreibungen die künftigen Haushalte und sind von den laufenden Einnahmen der nächsten Jahre abhängig, deren Höhe im Wesentlichen auch von unsicheren gesamtwirtschaftlichen Vorgaben abhängt. Berücksichtigen Sie also bitte bei allen künftigen Investitionsvorhaben (eben auch im Schulbereich), dass der investive Bereich wesentliche Bedeutung für den Ausgleich bzw. Nichtausgleich zukünftiger Haus-

halte hat und den wirtschaftlichen Handlungsspielraum nachfolgender Generationen wesentlich bestimmt.

In Anbetracht unserer schwierigen Finanzsituation halte ich daher eine restriktive Ausgabenpolitik sowohl im konsumtiven wie auch im investiven Bereich gegenwärtig für zwingend erforderlich.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche den bevorstehenden Etatberatungen – auch in Ihren Fraktionen – viel Erfolg!